



Bemerkungen der Gemeinde Radfeld zum Protokoll des Informationstreffens

„Projekt Hochwasserschutz Unteres Unterinntal und Wasserverbandsgründung“

das am 14.07.2020 in Kramsach stattgefunden hat.

(Bürgermeister Prof. Mag. Josef Auer wurde vom Radfelder Gemeinderat bei der Gemeinderatssitzung am 06.08.2020 beauftragt, das Protokoll vom Informationstreffen „Projekt Hochwasserschutz Unteres Unterinntal und Wasserverbandsgründung“ am 14.07.2020 zu kommentieren, „weil man ein solches Protokoll nicht einfach so im Raum stehen lassen kann“!)

Einleitend halten wir seitens der Gemeinde Radfeld fest, dass

- von den Auskunftspersonen wieder unrichtige und unvollständige Informationen gegeben wurden.
- die Vertreter der anderen Gemeinden (offensichtlich mit Ausnahme der Stadt Wörgl, die auch in intensivem Kontakt mit der Wörgler Bürgerinitiative steht) sich immer noch nicht die Informationen, die von Seiten der Gemeinde Radfeld im Laufe der Jahre gegeben wurden, angeschaut haben. Ansonsten hätte von den Teilnehmern des Informationstreffens eine ganze Reihe von Fragen gestellt werden müssen.
- die Gemeinde Kundl jahrelang Argumente und Forderungen vorgebracht hat (die von der Gemeinde Radfeld heute noch vorgebracht werden und die auch von anderen Experten als richtig anerkannt werden), die sie jetzt nicht mehr vorbringen.
- alle Beteiligten wissen, dass die Fragen von Bürgermeister Josef Auer, die er am 03.04.2019 (also vor weit mehr als einem Jahr) schriftlich an Prof. DI Dr. Blöschl gestellt hat, noch immer nicht beantwortet wurden. Das wirft ein

bezeichnendes Licht auf die vom Land Tirol vorgegebenen Randbedingungen dieser Studie und auf die Qualität von Zusagen des Landes sowie die leider nicht existente Solidarität der anderen Gemeinden und deren nicht vorhandenen Drang den Informationsstand wenigstens ein bisschen zu erhöhen. Am 01.07.2019 wurde Bürgermeister Josef Auer im Rahmen eines großen Treffens im Landhaus von LHStv. Josef Geisler zugesichert, dass er die Antworten endlich erhält. Wir wissen von GemeinderätInnen anderer Gemeinden, dass das jeweilige Gemeinderatsgremium nur in sehr geringem Umfang informiert wurde und eigentlich die gesamte Problematik lediglich auf die Ebene „Wir werden ja wohl nicht gegen einen Hochwasserschutz für unsere Gemeinde stimmen“ reduziert wurde. Umfangreiche Informationen wie in Radfeld hat es nicht gegeben. Lediglich in Kundl in den ersten Jahren und natürlich in Angath sowie in letzter Zeit verstärkt in Wörgl wurde etwas umfangreicher informiert.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf eine Postwurfsendung der Kundler Volkspartei & Kundler Frauen vom September 2019 in der darauf hingewiesen wurde, dass sie im Gemeinderat nicht für den Zwangsbeitritt von Radfeld gestimmt haben. Im Sitzungsprotokoll wurde dieser Beschluss allerdings als „einstimmig“ protokolliert.

- vom Land Tirol und den meisten der beteiligten Gemeindevertreter wird (gegenüber den Medien und auch bei Antwortschreiben an besorgte Bürgerinnen und Bürger) der Gemeinde Radfeld gebetsmühlenartig vorgeworfen „Radfeld trägt die Schuld, dass beim Hochwasserschutz nichts weiter geht!“. Das weisen wir entschieden zurück! Das Gegenteil ist der Fall! Radfeld hat nachweislich schon immer auf eine Reihe von Fakten hingewiesen und wollte damit eine Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Gemeinde Radfeld und alle beteiligten Tiroler Gemeinden erreichen. Radfeld wäre ja sogar (immer noch!!) bereit, fast doppelt so viel Retentionsfläche wie Kundl (Fläche östlich vom Maukenbach) zur Verfügung zu stellen. Vom Land wurde aber noch immer keine Alternativprüfung in Auftrag gegeben. Die Randbedingungen der Blöschl Studie wurden nicht angepasst. Die Fragen von Bgm. Prof Mag. Josef Auer an Prof. DI Dr. Blöschl wurden immer noch nicht beantwortet. Eine Reihe von Schreiben der Gemeinde Radfeld wurden nicht oder nur unvollständig beantwortet, Korrekturen und Erläuterungen von Bürgermeister Auer zu den Protokollen der Infotreffs und anderer Sitzungen wurden nicht beantwortet bzw. nicht berücksichtigt, etc.

Folgende Bemerkungen beziehen sich auf Stellen im Original-Protokoll des Informationstreffens am 14.07.2020 in Kramsach, die von uns handschriftlich mit einer Nummer gekennzeichnet wurden.

Siehe dazu den SCAN dieses Protokolls mit den Punkten von 1.) bis 11.)

Zu 1.):

Die Gemeinde Radfeld wird alle Instanzen ausschöpfen. Selbst wenn Radfeld in allen Instanzen nicht Recht erhält, wird es schließlich noch weitere Jahre dauern, weil dann erst die große Anzahl von Eigentümern (von Flächen im Retentionsgebiet, die Gemeinde Radfeld ist dort auch Eigentümer von Flächen) enteignet werden muss. Das wird sehr lange dauern! Es gibt Wege, die für die Bevölkerung zukunftsweisender und deutlich schneller möglich sind. Die Beteiligten verhindern aber bisher eine wirklich vernünftige Lösung. NUR GEMEINSAM GEHT'S!! (Aber nur, wenn „GEMEINSAM“ wirklich ehrlich gemeint ist)

Zu 2.):

Die Aussagen von Stefan Walder stehen im Widerspruch zu den fachkundigen Stellungnahmen des Ingenieurbüros i.n.n. (Siehe: Eine Stellungnahme zur Studie „Alpine Retention“ von Prof. DI Dr. Blöschl“ und 2 Stellungnahmen für die Gemeinde Radfeld, wobei eine im Zuge des Parteiengehörs von der Gemeinde eingebracht und eine als Beilage dem Einspruch an das LVwG Tirol beigelegt wurde.)

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zahlreiche Gefahrenzonenpläne methodisch falsch erstellt wurden und nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, weil sich die Grundlagen geändert haben. Gemäß den geltenden Bestimmungen sind diese Gefahrenzonenpläne einer Revision zuzuführen. Dies bestätigt implizit auch Dr. Stefan Walder in seiner Beantwortung der Frage von Frau Bürgermeisterin Hedi Wechner am 14.07.2020.

Zu 3.):

Am 01.07.2019 wurde von LHStv. Josef Geisler in einer Besprechung im Landhaus zugesagt, dass das Land eine „echte“ Alternativprüfung „Alpine Retentionen“ in Auftrag gibt. Dies ist noch immer nicht geschehen!! Warum wird dies von den Vertretern der anderen Gemeinden und der Infrastrukturträger nicht scharf kritisiert? Es wurde von der „Energie West“ eine Studie in Auftrag gegeben. Das Land hat sodann Interesse an dieser Studie gezeigt. Es gab aber nicht nur die von DI

Federspiel erwähnte Präsentation am 11.12.2019 sondern es gab mehrere. Das Land wollte sodann die Studie von der Energie West (Bearbeitet wurde die Studie von den Firmen „i.n.n.“ und „ILF“) käuflich erwerben, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Energie West dann kein Anrecht mehr auf die gewonnenen Erkenntnisse hat. Die Urheberschaft der Studie wäre somit an das Land Tirol gegangen. Dieser „Handel“ kam aber (bisher) nicht zustande.

Die Studie der Energie West ist sicher mehr als nur ein Gedankenexperiment. Das sagen auch verschiedene Exponenten der Energie West. Neben der Möglichkeit von alpinem Wasserrückhalt durch neue Kraftwerke (es würden schon 2 größere Anlagen eine deutliche Scheitelreduktion am Inn bringen) gibt es laut der Studie aber noch weitere Möglichkeiten, nämlich

- a.) eine Optimierung (hinsichtlich Verbesserung des Hochwasserrückhaltes) von bestehenden Speicherkraftwerken durch zusätzliche Beileitungen.
- b.) Umbau von bestehenden Wasserfassungen auf Hochwassersicherheit (Redundanz im Hochwasserfall).
- c.) Staatsvertrag mit der Schweiz zur Gewährleistung von Wasserrückhalt im Hochwasserfall

Die Potentialstudie der Energie West zeigt mögliche, sinnvolle Standorte und Varianten auf. Es ist klar, dass nicht alle dieser Standorte rasch umgesetzt werden können bzw. müssen. Es braucht natürlich niemals 50 Kraftwerke, um die Größe der Retentionsflächen im Inntal deutlich reduzieren zu können. Besonders die Maßnahmen von a.) bis c.) könnten sogar relativ rasch umgesetzt werden. Auf alle Fälle rascher, wie der lange gerichtliche Instanzenzug!! Es braucht nur den politischen Willen und die nötige Einsicht der regierenden Parteien und ebenfalls den Umsetzungswillen der beteiligten Gemeinden.

Bis vor ein paar Monaten wurde „gepredigt“, dass alpine Retentionen (sogar mehr als 130 Standorte!!) „überhaupt nichts bewirken“. Dann wurde umgeschwenkt auf „Niemand bezweifelt, dass mehrere große Staukraftwerke eine positive Auswirkung auf eine allfällige Hochwassersituation haben, ...“. Jetzt wird so getan, als wenn man 50 Kraftwerke benötigen würde. Wir fragen uns schon, wie es sein kann, dass so viele Gemeindevertreter das alles einfach so glauben bzw. „einfach so als gegeben hinnehmen“!

„Komödie ist Tragödie plus Zeit“ heißt es in einem Film von Woody Allen. Früher hat man es bei uns so formuliert „nicht so schlimm, später lachst du darüber!“ Wir

hoffen in Radfeld immer noch auf eine gerechte und zukunftsorientierte, nachhaltige Lösung für alle! Dann wird sich auch auf unseren Lippen wieder ein freudiges Lächeln zeigen.

Durch eine seriöse Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Alpinen Retention und den Möglichkeiten einer dem Hochwasserschutz dienenden Wasserkraftnutzung würde man erkennen, dass im Vergleich zur Inntal-Retention mit zukunftsweisenden und sinnvolleren Maßnahmen eine enorme Scheitelreduktion und Sicherheitsverbesserung (z.B. Grundwasser) erzielt werden kann.

Zu 4.):

Die Zusammenfassung von Bgm. LA Ing. Alois Margreiter wollen wir gar nicht kommentieren. Sie disqualifiziert sich selbst und wir legen sie in unserem bereits vor Jahren angelegten Ordner „Märchen“ ab.

Zu 5.):

Frau Bgm. Hedi Wechner hat am 14.07.2020 sehr richtig bemerkt, dass die Landesexperten sich einerseits auf eine Studie berufen, die sie andererseits aber gar nicht kennen.

Es ist ja wirklich kurios, dass einerseits behauptet wird „die Studie ist ein Gedankenexperiment“ und „es bräuchte 50 Standorte“, aber eigentlich weiß das Land gar nichts von der Studie?? Dass dies nur Frau Bgm. Hedi Wechner auffällt, sollte eigentlich alle sehr nachdenklich stimmen.

Dazu ausführlich und langsam:

DI Markus Federspiel sieht eine Karte aus einer Studie. Diese Studie kennt er aber nicht bzw. ist sie eigentlich nur ein Gedankenexperiment. Auf dieser Karte sind 50 Punkte eingezeichnet. Da er die Studie nicht kennt, kann er zu diesen Punkten gar keine genaueren Informationen haben, bzw. gar nicht wissen, was sie bedeuten bzw. bewirken. Er behauptet aber „*dass die Karte mit den 50 Standorten, die er im Dezember gesehen hat, ausreicht, um beurteilen zu können, dass eine Umsetzung unrealistisch ist.*“ Wir fragen uns, wie kann er diese Aussage abgeben, ohne genaueres zu wissen? Dadurch wird den zu Informierenden der Eindruck vermittelt, dass es 50 Standorte bräuchte. Wir sind nicht so naiv, dass wir das glauben. So geht es nun aber schon seit Beginn der Diskussionen. Am Anfang

wollte man uns das Märchen erzählen, dass das ganze Projekt mit Wörgl nichts zu tun habe, usw.

Zu 6.):

Das Hochwasserereignis 2019 hat gezeigt, dass der Gefahrenzonenplan in Radfeld sicher nicht stimmt. Außerdem hat die Grundwassersituation gezeigt, dass Radfeld im Falle eines so nahe am verbauten Ortsgebiet liegenden Retentionsgebietes noch größere Grundwasserprobleme bekommen würde. Dies würde auch in vielen anderen Gemeinden der Fall sein. Eine echte Zukunftslösung ist nur dann möglich, wenn wir dafür sorgen, dass in Hochwasserzeiten von Westen weniger Wasser kommt. Retentionen im Inntal würden die Grundwasserproblematik für Radfeld und andere betroffene Gemeinden noch wesentlich verschlechtern, weil eine Abdichtung der Begrenzungsdämme technisch gar nicht möglich ist. Bei länger andauernden Hochwasserständen würden die Retentionsräume im Inntal ihre Wirkung hinsichtlich Scheitelreduktion natürlich auch verlieren, weil sie dann voll gefüllt wären. Wir möchten an dieser Stelle auch auf Aussagen von Prof. DI Dr. Blöschl verweisen, der sagt, dass Gründe für die Verschärfung der Hochwassersituation u. a. die Regulierung der Flüsse und die Verbauung der Landschaft sind. Deshalb hat ja auch die Gemeinde Kundl früher ebenso verlangt, dass Alpine Retentionen gebaut werden und dass alle Gemeinden im Einzugsgebiet des Inn ihren Beitrag leisten müssen. Auch die Gemeinde Wörgl hat das verlangt. Wir verlangen das immer noch!

Interessant (fast märchenhaft nach Gebrüder Grimm) ist die Aussage vom TIWAG Vertreter Michael Grimm. Seine Aussagen stellen ja lediglich die Ist-Situation dar. Wie schon oben unter Punkt 3.) a.) und b.) kurz dargelegt gibt es sehr wohl Möglichkeiten, die bestehenden Kraftwerke hinsichtlich Hochwasserrückhalt zu verbessern. Das wird wohl auch den Experten der Tiwag und auch den zuständigen Fachleuten des Landes bekannt sein! Es ist schon widerwärtig (im Sinne von: „Dem Wollen oder Handeln sehr zuwider, hinderlich“), dass die Gemeindevertreter und die Medien (Diese geben dann oft unreflektiert und z.T. in gutem Glauben die Halbwahrheiten weiter an die Bevölkerung und tragen so zwar nicht als Erstverursacher, aber als Träger in der Kette zum manipulativem Treiben bei.) immer wieder nur einen Teil der Wahrheit erläutert bekommen.

Zu 7.):

Dazu verweisen wir:

- + auf die Möglichkeiten a.) und b.) unter Punkt 3.), die eben auch für Starkregenereignisse eine Wirksamkeit zur Folge haben.
- + auf die Aussagen von TIWAG-Vorstand DI Johann Herdina (siehe Kronenzeitung vom 14.07.2029 Seite 22 und 23), dass durch den Wasserrückhalt der Kraftwerke „Sellrain-Silz“ und „Kaunertal“ Innsbruck von einem 100-jährlichen Hochwasser verschont blieb. (Scheitelreduktion 20 – 30 cm!) Innsbruck ist aber bekanntlich näher an den genannten Kraftwerken gelegen, trotzdem war dort die Wirkung des Wasserrückhaltes schwächer wie im Unterland das bekanntlich weiter entfernt ist.
(Dr. Walder sagte laut Protokoll: „ Die Hochwassersituation wurde zudem im Gebiet von der Schweizer Grenze bis nach Innsbruck verschärft und im Tiroler Unterland wieder deutlich abgeschwächt.“) Widersprüche wohin man schaut!

Zu 8.):

Die von der Gemeinde Radfeld immer wieder vorgebrachten Argumente im Zusammenhang mit Grundwasserschutz werden laut dem Protokoll vom 14.07.2020 bestätigt. Es braucht eben Alpine Retentionen, damit man die Grundwassersituation nicht verschlechtert. Man kann sie damit sogar verbessern. Die Aussage laut Protokoll „Hochwasserschutz ist kein Grundwasserschutz“ sagt eben aus, dass der geplante Hochwasserschutz, den die Gemeinde Radfeld ablehnt, keinen Grundwasserschutz darstellt.

Zu 9.):

Es wurde eine echte Alternativstudie versprochen. Eine weitere Untersuchung durch Prof. DI Dr. Blöschl ist keine Alternativstudie. Seine Studienergebnisse sind durch die Nichtbeantwortung der Fragen von Bgm. Josef Auer und durch die umfangreichen Stellungnahmen der i.n.n. nicht mehr glaubwürdig, solange die vom Land vorgegebenen Randbedingungen nicht abgeändert werden. Die betreffenden Randbedingungen werden in der Blöschl Studie ja sogar von den Studierstellern explizit angegeben. (Siehe u. a.: z.B. Seite 66 der Studie von Prof. DI Dr. Blöschl; z.B. Vortrag von Prof. DI Dr. Bernhard Pelikan: Verdoppelung der Stauhöhe bewirkt ca. 8-faches Rückhaltevolumen, Verdreifachung der Stauhöhe bewirkt ca. 27-faches Rückhaltevolumen, das bedeutet, dass eine große Retentionsanlage mit 30 Meter Stauhöhe ca. 27 Anlagen mit 10 Meter

Stauhöhe ersetzt. Das relativiert die über 130 Standorte in der Blöschl Studie schon beträchtlich, bei 40 Meter Stauhöhe sind wir schon bei ca. 64 Anlagen mit jeweils nur 10 Meter Stauhöhe!

Wir haben uns eine Machbarkeitsstudie „Speicherseen und Hochwasserrückhalt“ des Büros Hunziker, Zarn und Partner (Auftraggeber war die Internationale Regierungskommission Alpenrhein IRKA, Projektgruppe Energie) angeschaut, die WESENTLICH andere Ergebnisse wie Prof. DI Dr. Blöschl liefert. Die Studie von Prof. DI Dr. Blöschl hätte ein „Peer-Review“ sicher nicht bestanden, es wurde aber nichts dieser Art gemacht. Es wurden ja nicht einmal dezidierte Fragen (eines Bürgermeisters der am stärksten betroffenen Gemeinde) beantwortet. Es liegt aber wohl für jeden und jede der/die wenigstens ein bisschen mitdenkt auf der Hand, warum die Fragen nicht beantwortet wurden.

Zu 10.):

Die Bemerkung „Ein wichtiger Punkt wird sein, wie man die Gemeinde Radfeld ins BOOT holen kann“, ist schon rein vom sprachlichen Terminus abzulehnen und wir hoffen, dass die Verwendung des Wortes BOOT nicht eine gefährliche BOOTschaft darstellt.

Die Informationstreffen des Landes werden ja schon immer mit „Hochwasserschutz Tirol – gemeinsam geht’s“ überschrieben. Das ist eigentlich eine Verhöhnung unserer Gemeinde. Es wurde nämlich die Gemeinde Radfeld als Opfer herausgepickt und immer unter Druck gesetzt. Das ist nicht seriös und eines Landes sowie der betreffenden Gemeinden unwürdig! Es widerspricht auch dem Wasserrechtsgesetz!

Zu 11.):

Bis Ende August 2020 soll vom Land (auf Wunsch von Bgm. Stv. Michael Dessl, diesem Wunsch haben sich alle anderen angeschlossen!) ein „fachlicher Bericht zum Thema Alpine Retention für die Gemeindezeitungen“ vorbereitet werden. Die Qualität im Sinne von Objektivität und Faktenvollständigkeit dieser Informationen muss leider schon heute angezweifelt werden. Es gibt immer noch keine echte Alternativprüfung und die Randbedingungen, die vom Land der Blöschl Studie vorgegeben wurden, sind natürlich so angelegt, dass Alpine Retentionen unwirksam sind bzw. „als so erscheinen“.

Vbgm. Michael Dessl könnte sich noch einmal die Mühe machen, gemeinsam mit Bürgermeister Anton Hoflacher die früheren Artikel in den Kundler Gemeindezeitungen herauszusuchen. Bei der Erstellung dieser Artikel waren er und

Bgm. Hoflacher gemeinsam tätig und damals haben sie viele Argumente vorgebracht, die von der Gemeinde Radfeld (neben weiteren Argumenten) immer noch vorgebracht werden und die natürlich immer noch Gültigkeit haben.

Nur ein paar Beispiele von Argumenten der Gemeinde Kundl aus entsprechenden Berichten in der Kundler Gemeindezeitung „Kundl life“ (Auszüge aus Ausgabe Dez. 2014 und März 2015):

„Dass aber jetzt Kundl und Radfeld alles alleine im wahrsten Sinne des Wortes ausbaden müssen, ist inakzeptabel und entspricht nicht dem Gleichheitsgrundsatz.“

„Durch den aktuellen Inn-Gefahrenzonenplan zeigt sich nämlich, dass in den letzten Jahrzehnten viele Retentionsflächen versiegelt worden sind, die im Falle eines Hochwassers unentbehrlich wären.“

„Wenn die Stadt Wörgl z.B. von einer immensen wirtschaftlichen Entwicklung spricht, die die Stadt im Westen ihres Ortsgebietes erreicht hat, dann ist damit gleichzeitig jener Bereich gemeint, der eigentlich seit jeher einen Retentionsbereich des Inn darstellt. Sollte es nun zu einem aktiven Umleiten der Wassermengen in Richtung der beiden Gemeinden Kundl und Radfeld kommen, so führt dies dazu, dass diese beiden Gemeinden eine wesentliche Einschränkung ihrer Handlungsspielräume hinnehmen müssen. Von einer Gleichbehandlung kann in diesem Fall nicht mehr die Rede sein.“

„Es ist jetzt das Land am Zug, um einerseits den bestmöglichen Schutz der Bewohner (geforderter Schutzdamm ist dringend notwendig) zu gewährleisten, und andererseits einen bestmöglichen „Retentionsflächenausgleich“ zwischen den Gemeinden zu schaffen. Neue Lösungsansätze müssen angedacht werden, wie das Wasser eventuell bereits schon am Ursprung zurückgehalten werden kann, sodass es zu einer Einsparung von Retentionsflächen im Inntal kommen kann. Jedenfalls bedarf es eines fairen Modelles, das nicht einseitig zu Lasten der Gemeinden Kundl und Radfeld geht!“

„Für das Land Tirol wäre das zugleich die bequemste Lösung, denn die Details sollen sich die Gemeinden selbst ausmachen – im besagten Wasserverband.“

„Wesentlich billiger käme es, im Grünzonenplan ausgewiesene landwirtschaftliche Flächen Tirol weit zu fluten. Vermutlich wären auch bei einem tatsächlichen Hochwasser mehrere kleinere Retentionsräume entlang des Inns effizienter als ein einziges großes Rückhaltebecken.“

„Dazu müssten allerdings der Gefahrenzonenplan Tirols überarbeitet und die erforderlichen Retentionsflächen fairer aufgeteilt werden. Die derzeitige geplante Verteilung der Retentionsflächen stellt wohl eine willkürliche Ungleichbehandlung der Gemeinden seitens des Landes dar. Einem lokalen Wasserverband beizutreten, der primär das Ziel hat, unsere Retentionsflächen mehr als zu verdoppeln, ergibt für uns Kundler jedenfalls keinen Sinn. Die Argumente der Kundler und Radfelder Gemeindeführungen werden jetzt noch zusätzlich von der Landwirtschaftskammer untertützt“

Im Jahr 2015 hat die Gemeinde Kundl beschlossen: *„Es wird der Vorschlag des Landes Tirol zur Bildung eines kleinen Wasserverbandes von Brixlegg bis Wörgl abgelehnt. Es soll ein gesamthafter Wasserverband für den Inn gebildet werden, der sämtliche Gemeinden am Inn (von der Schweizer Grenze bis zur Deutschen Grenze) mitumfasst und der auf eine möglichst gerechte Verteilung der Retentionsflächen abzielt.“*

Allein diese Aussagen zeigen, dass wir mit unseren Argumenten nicht alleine sind bzw. nicht alleine waren. Im Laufe der Jahre wurde dann allerdings das Projekt sehr stark überarbeitet.

Vorgesehene Retentionsflächen 2015:

Radfeld:	177 ha	Angath:	keine (null ha)
Kundl:	142 ha	Wörgl:	keine (null ha)

Vorgesehene Retentionsflächen jetzt:

Radfeld:	140,8 ha	Angath:	66,8 ha
Kundl:	33,2 ha	Wörgl:	keine (null ha)

Kramsach: 74,5 ha (das ist das Kramsacher Moosfeld, das immer schon bei einem Hochwasser überflutet wurde)

Die Gemeinde Angath ist auch nicht bereit, Mitglied im Wasserverband zu werden. Es wird aber so argumentiert, dass man Angath im Verband nicht benötigt.

Seit das Land Tirol das Projekt in dieser Form überarbeitet hat und Kundl nur mehr einen vergleichsweise geringen Teil zur Verfügung stellen muss, sind wir leider mit unseren Argumenten mehr oder weniger alleine. Alpine Retentionen sind für ganz Tirol notwendig. Dann würde in Hochwasserzeiten weniger Wasser in den Inn gelangen, wir bräuchten im gesamten Inntal weniger Retentionsflächen (wir würden ja sogar doppelt so viel wie Kundl stellen) und auch die Seitentäler hätten einen verstärkten Schutz, der noch dazu zur Energiegewinnung verwendet werden könnte. Das wäre ein Vorteil für die Seitentalgemeinden und für alle am Inn liegenden Gemeinden, natürlich auch für Wörgl.

Dazu möchten wir noch auf ein Mail von LWK Präsident NR Josef Hechenberger verweisen, das er am 23.05.2019 an den Obmann des Vereins Hochwasserschutz Tirol, Alfred Enthofer, geschickt hat. Darin hat er u. a. Folgendes geschrieben: *„Obwohl die sogenannte „Blöschl-Studie“ den Ausführungen der Herren Sönser stimmig und fachlich richtig sei, ließe dies jedoch Auslegung im Sinne einer angepassten Dimensionierung des Projektes zu. Daher sprechen wir uns auch für eine nochmalige Prüfung der Themen – Auswirkungen und Umsetzbarkeit einer Hochlagenretention, Wasserspeicher zur Energiegewinnung, Richtigstellung der Gefahrenzonenpläne, mögliche Aufweitung des Inns – aus. Des Weiteren ist die Klärung kritischer Vorfragen unbedingt erforderlich, auch aus meiner Sicht sind Zwangsmaßnahmen entschieden abzulehnen, darüber sind wir uns sicher einig.*

Ich habe auch dem Landeshauptmann-Stellvertreter gegenüber klar zum Ausdruck gebracht, dass das Projekt in der derzeit vorliegenden Dimension nicht umgesetzt werden kann und eine entsprechende Verschlankung der Pläne eingefordert. So ist das Projekt noch einmal zu überarbeiten bzw. neu zu dimensionieren, um überhaupt eine einvernehmliche Regelung mit den betroffenen Grundeigentümern und Bauern erreichen zu können.“

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die sehr umfangreichen Informationsunterlagen auf der Homepage unserer Gemeinde unter dem nachstehenden Link verweisen.

https://www.radfeld.tirol.gv.at/aktuelles/news/informationen_zur_hochwasserthematik_zum_hochwasserschutz

Bürgermeister

Mag. Josef Auer

Beilage:

Protokoll des Informationstreffens „Projekt Hochwasserschutz Unteres Unterinntal und Wasserverbandsgründung“ vom 14.07.2020 mit handschriftlich vermerkter Nummerierung